



2021/10 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2021/10/der-endlose-krieg>

Im Jemen ist der Krieg zum Dauerzustand geworden

Der endlose Krieg

Freiheit. Zehn Jahre nach den arabischen Revolten Von **Oliver M. Piecha**

Die Interventionen des Iran und Saudi-Arabiens haben den Konflikt im Jemen und die humanitäre Notlage verschärft, doch keine Seite kann einen militärischen Sieg erzwingen.

Es braucht schon spektakuläre Luftangriffe, damit die Weltöffentlichkeit den Krieg im Jemen noch zur Kenntnis nimmt. Am Sonntag fielen Bomben auf die jemenitische Hauptstadt Sanaa, Saudi-Arabien bezeichnete dies als Reaktion auf Raketen- und Drohnenangriffe der schiitischen Houthi-Miliz, die saudischen Ölanlagen galten. Ansonsten schafft es der dortige Krieg kaum noch in die internationale Berichterstattung. Dabei kann er mit einem Superlativ aufwarten: Er ist der UN zufolge die bisher größte humanitäre Katastrophe des 21. Jahrhunderts. Das will etwas heißen, denn das Desaster in Syrien hat Maßstäbe gesetzt.

Beide Konflikte haben viel miteinander gemein. Sie haben Millionen von Flüchtlingen produziert. 2011, im sogenannten arabischen Frühling, demonstrierten die Menschen hier wie dort gegen ihr korruptes, abgehalftertes politisches System; militärische Interventionen entfachten dann einen Krieg, der zum ausweglosen Dauerzustand wurde. Von den so begeisterten und so friedlichen Demonstranten – obwohl Kalaschnikows im Nordjemen als normales Ausgehutensil galten – redete bald schon niemand mehr. Stattdessen heizten die bedrohten Führungsschichten beider Länder alte Konflikte an.

In Syrien wie im Jemen spielte das Eingreifen des Iran für die Eskalation eine zentrale Rolle. Nur liegt der Jemen nicht wie Syrien auf der Europa zugewandten Seite des Nahen Ostens, und das erklärt wohl, warum der Konflikt im Westen weitgehend ignoriert wird. Die Grenzen des Landes sind abgeriegelt, fliehen kann man nur übers Meer, um dann in Äthiopien, Eritrea oder Somalia zu landen – Länder, aus denen ebenfalls viele Menschen flüchten, so dass Flüchtende quasi über das Rote Meer pendeln.

Wie in Syrien kam es auch im Jemen 2015 zu einer entscheidenden Verschärfung des Konflikts. Der Iran hatte die schiitische Houthi-Miliz erheblich aufgerüstet; als diese Ende 2014 die Hauptstadt Sanaa besetzte, intervenierten Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate mit eigenen Truppen. Doch im Gegensatz zum russischen

Eingreifen in Syrien scheiterte die Intervention der Golfmonarchien. Die Fiktion, dass eine rechtmäßige jemenitische Regierung verteidigt werde, konnte zwar aufrechterhalten werden, aber eine entscheidende Schwächung der Houthis gelang nicht. Im Gegenteil, militärisch scheint diese Miliz nun wesentlich stärker zu sein als damals. Sie beherrscht fast den gesamten ehemaligen Nordjemen, schießt Raketen nach Saudi-Arabien und ist militärisch in der Offensive.

Nachdem die Emirate ihr militärisches Engagement vor zwei Jahren stark reduziert hatten, schwanden die Erfolgsaussichten der saudischen Intervention endgültig. Ein Ausstiegsszenario, das nicht einer kompletten Niederlage gleichkäme, gibt es zurzeit aber nicht. Dieser Krieg ist vor allem ein Problem des Kronprinzen Mohammed bin Salman, der ihn als Verteidigungsminister initiierte und sich wohl einen schnellen militärischen Erfolg erhoffte. Das Prestigeprojekt des Kronprinzen war auch eine Reaktion darauf, dass der damalige US-Präsident Barack Obama den Rückzug der USA aus dem Nahen Osten begonnen hatte. Inzwischen ist es für Mohammed bin Salman, dem auch die bestialische Ermordung des dissidenten Journalisten Jamal Kashoggi zur Last gelegt wird, zu einem Desaster geworden. Für die Jemenitinnen und Jemeniten bedeutet das allerdings den Untergang ihres Landes.

Längst ist der Jemen in mehrere Herrschaftsgebiete aufgespalten. Den Norden beherrschen größtenteils die Houthis, den Rest des Landes teilen sich die offizielle Regierung und die Separatisten im Süden, hier und da beherrscht der regionale Ableger von al-Qaida einen Landstrich, der »Islamische Staat« ist ebenfalls aktiv. Die ohnehin zuvor schon schwachen staatlichen Strukturen des Landes sind zerrüttet, die Wirtschaft ist vor allem zur Beuteökonomie verkommen, die auf dem Zugriff auf die internationalen Hilfslieferungen basiert – vor allem die Houthis sind auf diese Einnahmequelle angewiesen. Andere Einnahmequellen bilden die mageren Ölvorkommen im Norden des Landes, und in diese Richtung zielt auch derzeit der Vormarsch der Houthis. Sollte es ihnen nun gelingen, auch die Provinzhauptstadt Ma'rib einzunehmen, könnte der Krieg an einen Wendepunkt kommen.

Nach Ma'rib hat sich in den Jahren des Kriegs nicht nur eine Million Binnenflüchtlinge gerettet, die Stadt ist auch eine zentrale Bastion der offiziellen Regierung, die mit dem Verlust der Region wohl endgültig ihre Legitimität und ihren Zusammenhalt verlieren würde. Die Stämme der Region waren bereits im jemenitischen Revolutionskrieg der sechziger Jahre enge Verbündete der Saudis, eine Niederlage hier wäre eine Demütigung. Nachdem der neue US-Präsident Joe Biden bereits in einer Erklärung zur neuen Außenpolitik im Februar deutlich gemacht hatte, dass die USA den saudischen Krieg im Jemen nicht mehr unterstützen würden, haben die Houthis ihre Militäraktivitäten weiter verstärkt. Ihre Angriffe auf saudische Ölförderanlagen haben den Ölpreis auf ein Jahreshoch gebracht.

Dieser Zusammenhang zeigt die fast unlösbare Schwierigkeit, die sich nun für die neue US-Regierung ergeben wird, wenn sie zusammen mit den UN erneut versucht, zu einer Verhandlungslösung zu kommen. Biden hat die von seinem Amtsvorgänger Donald Trump am letzten Tag seiner Amtszeit verhängte Ächtung der Houthi-Milizen als Terrororganisationen im Februar rückgängig gemacht. Aber womöglich wollen die Houthis

derzeit gar keine Verhandlungslösung; ob das iranische Regime eine solche wünscht, ist ebenfalls fraglich. Die Schwäche Saudi-Arabiens ist eklatant, die saudischen Erdölanlagen eignen sich hervorragend als Ersatzkriegsschauplatz, um mit Drohnen und Raketen die USA indirekt zu treffen.

Der saudische Luftkrieg im Jemen hat hingegen viele zivile Todesopfer gefordert, aber keine militärischen Erfolge gebracht. Zudem hat er der Reputation des Königreichs weiter geschadet. Für die desaströsen Folgen der russischen Luftangriffe auf zivile Ziele in Syrien hat sich weltweit kaum jemand wirklich interessiert; da die saudischen Verbündeten aber westliche Staaten sind, wird hier mit zweierlei Maß gemessen. Die Unterstützung der USA und vor allem Großbritanniens ist essentiell, ohne sie könnte kein einziges saudisches Kampfflugzeug in Richtung Jemen abheben. Das Vereinigte Königreich liefert nicht nur einen Großteil der Raketen und Bomben, sondern britische warten Techniker auch die Flugzeuge. Die britische Regierung hat nach der Entscheidung Bidens umgehend klar gemacht, dass sie an der Unterstützung der saudischen Intervention im Jemen festhalten will.

Das dürfte nicht zuletzt banale monetäre Gründe haben. Nach einem Moratorium aufgrund der Berichte über die zivilen Opfer des saudischen Luftkriegs begann die britische Regierung im Sommer 2020 erneut mit Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien. Das dortige Königshaus bestellte allein im folgenden Vierteljahr Rüstungsgüter für rund 1,6 Milliarden Euro – vor allem für den Luftkrieg. Zynisch nimmt sich vor diesem Hintergrund die Entscheidung von Premierminister Boris Johnson aus, mit dem Verweis auf die schwierige Lage wegen der Covid-19-Pandemie in Großbritannien die humanitären Hilfgelder für den Jemen zu kürzen. Es werden dieses Jahr statt 190 nur noch 100 Millionen Euro sein.

Der oberste UN-Hilfskoordinator Mark Lowcock, selbst ehemaliger britischer Beamter und im diplomatischen Jargon geübt, zeigte sich schockiert und verwies darauf, dass die britische Entscheidung »direktes Leid« verursachen werde. 400 000 Kinder seien im Jemen schwer unterernährt, fünf Millionen Einwohner direkt von einer Hungersnot bedroht. Lowcock erwähnte aber auch die destruktive Rolle der Houthis, die regelmäßig Hilfskonvois aufhielten und das Personal schikanierten. Dabei geht es immer auch um Geld und Zugriff auf die Hilfsgüter – so dauert es mitunter Wochen, bis Hilfslieferungen oder Treibstoff im Hafen von Hodeidah gelöscht werden können. Die Houthis kontrollieren den Hafen, die Saudis und ihre Verbündeten die Zufahrt übers Meer – man muss sich jedes Mal einigen.

Auch für einen leck geschlagenen Öltanker, der seit Jahren vor der Küste rostet, ist keine Lösung in Sicht. Ein Auseinanderbrechen des Tankers würde die jemenitische Küste mit einer Ölpest verseuchen. Die Houthis wehren sich jedoch seit Jahren gegen ein Abpumpen des Öls. Ursprünglich war eine Teilung der Einnahmen für dieses Öl zwischen Regierung und den Houthis vereinbart worden, doch mittlerweile fordern die Houthis den ganzen Erlös für sich. Da sie den nächstgelegenen Hafen kontrollieren, können die Ingenieure der UN nicht an Bord. Auch dies macht deutlich, wie aktuell die grundlegenden Forderungen auch der jemenitischen Demonstrantinnen und Demonstranten des »arabischen Frühlings« noch immer sind. Sie wollten vor allem eine andere, verantwortliche Art der Regierung.